

Sitzung des Zürcher Gemeinderates

Eine eingebaute Fabrik für die Berufsschule II

für Jene Tribünenbesucher, die in Erwartung einer solchen Reglung von Fraktionserklärungen zu den Neuwahlen das Rathaus aufgesucht hatten, sind vergeblich gekommen: Der Gemeinderat geht in dieser Sitzung gleich zur Tagesordnung über. Eine weiteren Gruppe auf der Tribüne, Studenten des Publizistischen Seminars, welche die Probleme des Lokaljournalismus kennenzulernen wollten, wird dafür echter Ratlosigkeit widerfahren. Parlamentarische Durchschnittsstimmen schützen; eine unbestrittene Vorlage, parlamentarische Vorfälle vor allem der Leichtgewichtigen Karte, die diskussionslos behandelt werden, gelegentlich auch ein Thema, das es wie die Alternativitäten — einer etwas eingehenderen Analyse wert wäre, wenn nur jemand Lust dazu hätte.

Mit dem ausdrücklichen Segen der verschiedenen Fraktionen beschließt der Rat einen Kredit von 10 Millionen für einen Umbau der Liegenschaft Reishaus an der Limmatstrasse, in welcher die Abteilung Montage und Ausbau der Berufsschule II untergebracht werden soll; die ehemalige Fabrik kommt den Bedürfnissen dieser Abteilung bestens entgegen. Die Vorlage muss den Stimmberechtigten unterbreitet werden, um Erkundung an den knappen Ausgang der Abstimmung über das Berufsschulhaus an der Engasse fordern. Verschiedene Votaniten den Stadtrat auf, die Weisung an die Stimmbürger besonders sorgfältig abzufassen und klar über die Wahllokale zu informieren, die den vielen Raumbedürfnissen mitig sind.

Ein wenig Neues erfährt der Interpellant, der sich nach der künftigen Nutzung jener Liegenschaften im Industriequartier erkundigt, die durch die Verlegung des Engrosmarktes frei

werden; eine Umfrage der Stadt bei den privaten Liegenschaftenbesitzern hat bisher wenig konkrete Angaben geliefert. Eine zweite Interpellation gilt vor allem der Richtigstellung von Behauptungen über den städtischen Personalbestand, die vor einiger Zeit im «Zürich» erschienen sind: Stadtrat Koller stellt dazu fest, dass es ein falsches Bild ergibt, wenn nicht zwischen voll und teilweise Beschäftigten unterschieden wird; Zudem ist ein Vergleich mit anderen Gemeinden fragwürdig, weil Zürich Aufgaben (Verkehr, Spitäler, Schulen) für eine ganze Region erfüllt.

Mit etwas abgeändertem Text überweist der Rat eine Motion, welche die *Umzonung* eines Gebietes beim Bahnhof Giesshübel in die Wohnzone verlangt. Abgelehnt wird hingegen eine Motion, die eine Vorlage über die städtischen *Altersaktivitäten* an die Stimmberechtigten fordert; die Mehrheit des Rates folgt damit der Argumentation des Stadtrates, dass Artikel 75 der Gemeindeordnung die «Vorsorge und Hilfe für Betagte» ausdrücklich zur Aufgabe der Gemeinde erkläre und damit Aufwendungen für Altersaktivitäten als gebundene Ausgaben zu verstehen seien. Einen Vorschlag, der verlangt, dass der Verwendungszweck des ehemaligen Säuglingsheimes Florhof überprüft werde, kann der Postulant zurückziehen: Das Uebergangsheim, das er lieber in einem der schlecht belegten Jugendheime gesehen hätte, ist bereits eingerichtet worden. Weitere Postulate, die unbestritten überwiesen werden, betreffen die Neugestaltung der Lutherwiese, Massnahmen der Verkehrsbehörde zur Förderung des Veloverkehrs, die Ausarbeitung eines Alternativkonzeptes zum Projekt eines Seniorencentrums «Karl der Große», und ein vereinfachtes baupolizeiliches Verfahren für Gebäudeisolationen.

(Verhandlungsbericht auf Seite 51)

ABERGEMEDE IN DER STADT ZÜRICH

INFO-PARTNER



013576